

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Januar 2016



Flüchtlingskrise: Kritik an der Türkei!

"Die Zahl der Flüchtlinge, die in die EU kommen, muss drastisch zurückgehen, ansonsten ist die Flüchtlingskrise kaum noch zu beherrschen", so Markus Ferber in Straßburg. Er kritisiert dabei auch die ausbleibenden Bemühungen der Türkei. "Die EU ist der Türkei weit entgegengekommen, aber ich habe ganz große Zweifel, ob die Türkei ihren Verpflichtungen wirklich nachkommt. Zwar gehen die Zahlen der Flüchtlinge, die täglich in Griechenland ankommen, zurück, allerdings ist dies auf das schlechte Wetter zurückzuführen." Sollte die Türkei nicht stärker gegen Schleuser vorgehen, müsse auch darüber nachgedacht werden, ob die Vereinbarung zur Bewältigung der Flüchtlingskrise mit dem Beitrittskandidaten so aufrechtgehalten werden können, so Ferber.

Illegale Steuerabsprachen

Internationale Konzerne minimieren immer wieder ihre Steuerlast durch Einzelverabredungen mit nationalen Steuerbehörden. Markus Ferber begrüßt das konsequente Vorgehen der Kommission gegen diese Steuerdeals. Aber verhängte Steuer- und Strafzahlungen fließen aktuell an den Mitgliedstaat, der den

Deal mitgetragen hat. "Das ist eine nachträgliche Belohnung und schadet anderen. Wir fordern, dass diese Geldmittel künftig den Mitgliedstaaten, die dadurch geschädigt wurden, zugutekommen, und nicht dem EU-Land, das diese Beihilfen gewährt hat."

Online-Abos sollen europaweit verfügbar sein

"Dieser Beitrag steht Ihnen aus rechtlichen Gründen leider nicht zur Verfügung." Diesen Satz kennt jeder, der schon mal versucht hat einen Livestream im Ausland aufzurufen. Aber in einem digitalen Binnenmarkt muss auch das so genannte "Geoblocking" endlich abgeschafft werden, um den Zugang zu Waren und Dienstleistungen für die Verbraucher zu verbessern, forderte das Parlament in dieser Woche in Straßburg nochmal mit Nachdruck. "Für Internetnutzer bedeutet dies unter anderem, dass sie europaweit auf die von ihnen abonnierte Online-Dienste künftig zugreifen können."

Polen: Ferber warnt vor Vorverurteilung

Die Entscheidung der EU-Kommission, das Rechtsstaatsverfahren gegen Polen einzuleiten, stand im Mittelpunkt der Debatte im Plenum, an der auch die polnische

Ministerpräsidentin Beata Szydło teilgenommen hat. Dieses Verfahren soll dazu dienen, die gemeinsamen europäischen Werte wie Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit zu schützen. "Bei der Verletzung von europäischen Grundwerten darf aber nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Alle Mitgliedstaaten, nicht nur Polen, müssen auf Europakurs bleiben", so Markus Ferber. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an zahlreiche Vorfälle in den vergangenen Jahren in anderen Mitgliedstaaten wie Rumänien oder der Slowakei, bei denen die Kommission nicht aktiv wurde.

Datenaustausch bei kriminellen Ausländern verbessern

Straffällig gewordene Flüchtlinge und andere kriminelle Ausländer sollen künftig in einer europäischen Datenbank erfasst werden. Markus Ferber begrüßt diesen "längst überfälligen Schritt" der EU-Kommission: "Bislang mussten Richter, Staatsanwälte oder die Polizei in jedem anderen EU-Land einzeln abfragen, ob ein Verdächtiger Nicht-EU-Bürger dort möglicherweise bereits vorbestraft ist." In der Datenbank sollen neben Strafregistereinträgen auch die Fingerabdrücke von verurteilten Straftätern gespeichert werden.

